



# Landesbehindertenbeirat Brandenburg



## Dokumentation

### **Krise und Inklusion**

#### **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderungen in Brandenburg**

9. Behindertenpolitische Konferenz  
des Landesbehindertenbeirates Brandenburg

02. September 2021  
Hoffbauer Tagungshaus  
Potsdam – Hermannswerder

9. Behindertenpolitische Konferenz  
des Landesbehindertenbeirates Brandenburg

© 2021

Landesbehindertenbeirat Brandenburg  
c/o Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft  
Landesverband Brandenburg e.V.  
Jägerstraße 18  
14467 Potsdam

Tel: 0331 / 27 09 858

0331 / 29 26 76

Fax: 0331 / 28 001 46

E-Mail: [lbb@dmsg-brandenburg.de](mailto:lbb@dmsg-brandenburg.de)

Web: [www.lbb.brandenburg.de](http://www.lbb.brandenburg.de)

Fotos:

Quelle Landesbehindertenbeirat



Der Landesbehindertenbeirat wird gefördert durch das MSGIV

## Inhalt

Grußwort

Ursula Nonnemacher  
Ministerin für Soziales, Gesundheit,  
Integration und Verbraucherschutz

Einführung

Marianne Seibert  
Vorsitzende Landesbehindertenbeirat

### Teil I

Krise und Inklusion - Herausforderungen  
und Chancen für mehr Teilhabe

Janny Armbruster  
Beauftragte der Landesregierung  
für die Belange der Menschen mit  
Behinderungen

Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg  
- Wie wird die Inklusion von Menschen mit  
Behinderungen berücksichtigt?

Timur Ohloff  
Referat „Digitale Gesellschaft“  
Staatskanzlei

Filmbeiträge zu den Themen  
Arbeit und Beschäftigung,  
Soziale Teilhabe  
Digitale Barrierefreiheit

Attila Weidemann  
freier Journalist

### Teil II

Workshop 1:  
Arbeit und Beschäftigung

Roland Seeger  
Vorsitzender LAG WR Brb  
Natalia Moussavi  
LBB

Workshop 2:  
Soziale Teilhabe vs.  
Medizinische Sicherheit?

Elke Moderzinski  
Rheumaliga LV Brandenburg e.V.  
Bettina Delfanti  
DMSG LV Brandenburg e.V.

Workshop 3:  
Digitale Barrierefreiheit  
in Brandenburg

Henrike Weber  
VdK Berlin-Brandenburg  
Michael Schäfer  
LV d. Gehörlosen Brb e.V.

### Teil III

Diskussion und Präsentation  
der Ergebnisse aus den Workshops

Ausblick

Marianne Seibert  
Vorsitzende Landesbehindertenbeirat

Moderation: Attila Weidemann,  
Freier Journalist



## Vorwort

Der Landesbehindertenbeirat (LBB) lud am Donnerstag, den **2. September 2021** zu seiner **9. Behindertenpolitischen Konferenz** Tagungshaus auf Hermannswerder ein. Thematisch orientierte sich die Konferenz am gegenwärtigen pandemischen Geschehen in der Corona-Pandemie mit dem Titel:

### **„Krise und Inklusion – Auswirkung der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderungen“**

Als Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen agiert der Landesbehindertenbeirat als Schnittstelle zwischen der Gesellschaft und der Landespolitik. Er berät die Landesregierung zu behindertenpolitischen Themen mit dem Ziel, gleichwertige und chancengleiche Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg umzusetzen.

Dieses Jahr widmete sich die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz dem für viele Menschen mit Behinderungen schwierigen Alltag während der Corona-Pandemie. Sie beleuchtete eingehend Problemfelder und diskutierte Lösungsvorschläge für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen in zukünftigen Krisenzeiten.

führte mit dringlichen Worten zur schwierigen Lage vieler Menschen mit Behinderungen in Brandenburg während der Corona-Pandemie ein und wies auf die Notwendigkeit eines zukünftigen Konzeptes für den Krisenfall hin. Abschottung, ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Wegfall wichtiger Angebote in der Selbsthilfe sowie neue Barrieren einer beschleunigten Digitalisierung stellen für viele Menschen mit Behinderungen neue Herausforderungen dar, denen mit dem Blick in die Zukunft entgegenge wirkt werden muss.

Im ersten Teil der Konferenz zeigten die Vorträge von Ministerin Ursula Nonnemacher, BLMB Janny Armbruster sowie Referent der Staatskanzlei Timur Ohloff, wichtige politische Handlungsfelder auf, in denen Menschen mit Behinderungen verstärkt und präventiv mitgedacht und beteiligt werden müssen.

Im zweiten Teil der Konferenz diskutierten die Teilnehmenden im Rahmen von drei Workshops den Alltag unter pandemischen Bedingungen zu den Themenfeldern Arbeit und Beschäftigung, Soziale Teilhabe und Digitale Barrierefreiheit.



Landesbehindertenbeirat  
Brandenburg

---

***Im Folgenden sind alle Beiträge, die uns in schriftlicher Form vorlagen, nachzulesen.***

***Es gilt für alle Beiträge das gesprochene Wort.***

---

## Teil I

Ursula Nonnemacher  
Ministerin für Soziales, Gesundheit  
Integration und Verbraucherschutz



### „Krise und Inklusion“

#### **Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung für die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranker in zukünftigen Krisenzeiten?**

Sehr geehrte Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer,

das Thema der Konferenz „Krise und Inklusion“ ist gut gewählt und von hoher Wichtigkeit. Umso mehr freut es mich, Ihnen einige Schlussfolgerungen der Landesregierung für die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen bei künftigen Krisen darzustellen.

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten: Das Corona-Virus hält die ganze Welt in Atem. Staatliche Schutzmaßnahmen, Hygienevorgaben, Abstandsgebote und Maskenpflicht bestimmen unseren Alltag. Wie unter einem Brennspeigel werden uns auch Fortschritte und Schwierigkeiten im Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen vor Augen geführt. Die Welle der Solidarität, die im

Frühjahr 2020 und danach durch die Gesellschaft ging, zum Beispiel beim nachbarschaftlich organisierten Einkauf für beeinträchtigte Menschen im Wohnumfeld, macht stolz. Neue Diskriminierungserfahrungen, etwa beim behinderungsbedingten Maskenverzicht in der Bahn oder im Supermarkt, stimmten 2020 dagegen besorgt. Einmal mehr wurde uns gezeigt, dass eine volle, gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen noch lange nicht erreicht ist. Inklusiv Teilhabe muss in den Köpfen ankommen und sich im täglichen Handeln zeigen.

Wo stehen wir in Brandenburg nach fast zwei Jahren Pandemiebekämpfung:

Die Corona Pandemie war und ist eine große Herausforderung für alle Menschen im Land mit Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Teilbereiche: Gesundheitswesen, Bildung, Arbeit, Kultur, Recht, Politik. Alle gesellschaftlichen Akteure sahen sich mit dem Ausbruch und der rasanten Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus seit Anfang 2020 vor die gleichen elementaren Fragen gestellt: Wie gefährlich ist das Virus? Wie breitet es sich aus? Welche Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung sind zu treffen und wer ist besonders schutzbedürftig?

Und nicht zuletzt fragte sich jede und jeder: Wie können Wohnen, Arbeiten, KITA, Schule, Ausbildung, Arbeiten, ärztliche Versorgung und Freizeit in Zeiten der Pandemie funktionieren, ohne die eigene Gesundheit aus Spiel zu setzen?

Viele Menschen mit Behinderungen und mit chronischen Erkrankungen, ihre Angehörigen und ihre Unterstützenden trifft die Corona-Pandemie besonders hart. Anfangs war nicht klar, welche Vorerkrankungen und Funktionsbeeinträchtigungen die Symptome des SARS-CoV-

2-Virus gefährlich verstärken können. Nun wissen wir: Bei Menschen mit chronischen Erkrankungen nimmt eine Infektion mit dem Corona Virus häufiger einen schweren Verlauf. Dies kann problematisch und unter Umständen lebensbedrohlich werden. Komplikationen können beispielsweise Lungenentzündung und Organversagen bis hin zur Todesfolge sein.

Menschen mit Behinderungen, chronisch kranke Menschen sowie Seniorinnen und Senioren sind bei Quarantänemaßnahmen besonders von Einsamkeit und sozialer Isolation betroffen. Die häusliche Isolation oder andere Quarantänemaßnahmen fallen vielen Menschen schwer und auch das seelische Wohlbefinden kann beeinträchtigt werden. Vorliegende Untersuchungen weisen bei Menschen in Quarantäne eine deutliche Zunahme von akuten Stresssymptomen, Schlafstörungen, Angstsymptomen, Depressivität und posttraumatischen Belastungsstörungen nach.

Die medizinische Versorgung als solche wird durch die Pandemie vor große Herausforderungen gestellt und dies hat Auswirkungen speziell auf die Behandlung von chronisch kranken Menschen.

Für Menschen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 des SGB IX wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, musste auch in Brandenburg eine verlässliche Betreuung und Begleitung in den über 300 Wohnstätten, in den 28 Werkstätten für behinderte Menschen, in den vielen Tagesstätten und auch in der ambulanten Betreuung organisiert und sichergestellt werden.

Dies gelang nur durch das besonnene und engagierte Agieren der Einrichtungen und Dienste, der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe und allen voran durch die Einsicht und das Mittun der Menschen mit Behinderungen, ihrer Angehörigen, ihrer gesetzlichen Betreuungspersonen und anderer Unterstützender.

Auch wenn es auf allen Seiten in der ersten Phase der Pandemie viel Unsicherheit, Sorgen und Ängste gab, kann man heute sagen, dass dank der getroffenen Schutzmaßnahmen und der beherzten Impfororganisation in den Einrichtungen die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen weitestgehend flexibel realisiert werden konnte. Die Leistungsinfrastruktur für Menschen mit Behinderungen, speziell in der Eingliederungshilfe, hat den Infektionswellen im Wesentlichen standgehalten. Das schließt nicht aus, dass einzelne Angebote eingeschränkt oder in anderer Form erbracht werden mussten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

klar ist aber schon jetzt: Menschen mit Behinderungen, Menschen mit chronischen Erkrankungen und pflegebedürftige Menschen sind in dieser und auch in möglichen künftigen Pandemien besonders schutzbedürftig. Alle staatlichen Maßnahmen beim gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und beim Katastrophenschutz, wie z. B. im Zuge des verheerenden Hochwassers in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, sowie bei der SGB IX-Leistungserbringung sind auf die besonderen Belange dieser Personengruppen zu überprüfen.

Mir ist wichtig, dass in Brandenburg lebende Menschen mit Behinderung wissen, dass sie die Landesregierung als Streiter für ihre Belange an ihrer Seite

haben. Ob im Bereich der Barrierefreiheit, im Hinblick auf die Inklusion in Schule und Beruf oder bei der Bewältigung von Krisensituationen – wir haben diese drängenden Fragen im Blick und setzen uns für stetige Verbesserungen ein.

Ich wünsche Ihnen eine anregende, konstruktive und erfolgreiche Konferenz.



Marianne Seibert  
Vorsitzende Landesbehindertenbeirat  
Brandenburg



## Einführung

Seit das Gesetz des Landes Brandenburg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Brandenburger Behindertengleichstellungsgesetz BbgBGG) 2003 in Kraft trat, führt der Landesbehindertenbeirat Brandenburg alle zwei Jahre zu ausgewählten Themen eine Behindertenpolitische Konferenz durch.

2019 war das Thema „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland“. Gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben, das fordern Menschen mit Behinderungen nun schon seit Jahrzehnten. Eine Behindertenpolitik, die primär auf die Fürsorge und den Ausgleich von Defiziten abzielte, wurde durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) abgelöst, das mehr Selbstbestimmung und soziale Teilhabe ermöglichen soll.

Auch Brandenburg hat sich auf den Weg gemacht. Das Ziel der Landesregierung ist es, allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Wenn und Aber in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe aller Ministerien, - doch kommt das in allen Ministerien an?

Die Aufgaben des Landesbehindertenbeirates sind im § 15 des Bbg BGG geregelt:

*„Der Landesbehindertenbeirat unterstützt die Landesregierung bei der Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen. Der Landesbehindertenbeirat berät den/die Landesbeauftragte\*n für die Belange behinderter Menschen in allen Angelegenheiten und ist berechtigt ihr/ihm und der Landesregierung Empfehlungen zu geben“*

Mit den Behindertenpolitischen Konferenzen wollen wir diesem hohen Anspruch gerecht werden. Unser Ziel, die Behindertenpolitik in Brandenburg weiter in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, Erfolge herauszustellen, aber auch auf die noch immer bestehenden Probleme hinzuweisen, haben wir auf allen Veranstaltungen mit Vertreter\*innen aus Verbänden, leitenden Mitarbeiter\*innen aus den Ministerien, Organisationen, Ämtern, kommunalen Vertreter\*innen von Menschen mit Behinderungen und Interessierten beleuchtet und Vorschläge herausgearbeitet.

Was sind die Themen unserer 9. Behindertenpolitischen Konferenz:

Auch im zwölften Jahr nach In Kraft treten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist der Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft noch lang, um Barrieren konsequent abzubauen und den Rechtsanspruch auf Partizipation zu verwirklichen. Das hat sich gerade in der Corona- Pandemie besonders deutlich gezeigt.

Es versteht sich dann von selbst, dass der Landesbehindertenbeirat das Thema

„Krise und Inklusion-  
Auswirkungen in der Corona-Pandemie  
auf Menschen mit Behinderungen  
in Brandenburg“

gewählt hat.

Wir haben uns in der Vorbereitung auf 3 Themenfelder fokussiert: Arbeit und Beschäftigung, Soziale Teilhabe und Digitale Barrierefreiheit und gefragt, welcher Handlungsbedarf besteht in Brandenburg, damit das Grundrecht auf Inklusion umgesetzt werden kann.

Wie gestaltet sich der Alltag für Menschen mit Behinderungen im Ausnahmezustand und welche Perspektiven bestehen zur Situation in Brandenburg?

Wir können gespannt sein.

Im ersten Teil unserer Veranstaltung werden uns die Sichtweisen der Landesregierung vorgestellt.

- Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung in zukünftigen Krisenzeiten, gibt es ein Konzept für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in Ausnahmesituationen?
- Welche Herausforderungen und Chancen für mehr Teilhabe sieht die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- Ist die Digitalisierung für Menschen mit Behinderungen eine Zukunftsstrategie

Im zweiten Teil werden wir mit Ihnen in drei Workshops die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderungen in den nachstehenden Lebensbereichen diskutieren und Empfehlungen an die Landesregierung erarbeiten.

## Arbeit und Beschäftigung

Mit dem Bundesteilhabegesetz wurde die Teilhabe am Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt. Das Ziel, Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln, bleibt auch in der Krise eine Herausforderung. Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderungen ist in der Pandemie noch einmal angestiegen. Reichen die staatlichen Maßnahmen aus, um Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern?

Welche vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten hält Brandenburg vor?

## Soziale Teilhabe

Innerhalb kürzester Zeit haben sich aufgrund der Corona Pandemie unser aller Leben und Alltag verändert. Plötzlich befanden wir uns in einer Ausnahmesituation, die mit massiven Einschränkungen und Einschnitten verbunden war, und auch künftig noch große Herausforderungen mit sich bringen wird. Durch die Eindämmungsverordnungen wird das soziale Leben deutlich eingeschränkt

Angebote zur Informations- und Wissensvermittlung, interaktive Austauschmöglichkeiten, Sport- und Kulturangebote sowie Gruppenangebote finden jetzt digital statt.

Ist dadurch auch die Selbsthilfe in eine Krise geraten? Selbsthilfeorganisationen mit ihren Selbsthilfegruppen finden neue Wege und zeigen viel Flexibilität, um sich zu verbinden und in Kontakt zu bleiben. Reicht das aus?

## Digitale Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist der Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben.

Menschen – sowohl mit als auch ohne Behinderung – stoßen in ihrem Alltag auf Barrieren. Jede davon ist eine zu viel: Denn nur ohne Barrieren sind gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion möglich.

Wie haben Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung diese schwierige Zeit der Corona- Pandemie im Alltag aufgenommen? Homeschooling, Schul-Cloud, digitales Lernen, kein Kontakt zu Freunden, fehlende Technik – das sind neue Herausforderungen für die Kinder, für die Lehrkräfte genauso auch für Eltern und Betreuer\*innen. Die digitale Welt ist nicht mehr wegzudenken aus unserem Alltag. Sie bietet Chancen für alle, vorausgesetzt, dass sie barrierefrei ist und die Technik funktioniert.

Eine Premiere für den Landesbehindertenbeirat auf seiner nunmehr 9. Behindertenpolitischen Konferenz sind drei Filmbeiträge zu den Workshops. Sie sollen den Teilnehmenden Anregungen und Impulse für die Diskussion in den Workshops geben.

Ich wünsche uns allen eine interessante und inhaltlich spannende 9. Behindertenpolitische Konferenz, rege Diskussionen und mehr Kenntnisse im Dschungel der gesetzlichen Normen. Wir sind alle, ob in der Politik, in den Verbänden der Selbsthilfe oder in den Organisationen, gefordert. Es bleibt keine Zeit, sich auf Erreichtem auszuruhen und die Erfolge der letzten Jahre zu feiern.

**„Wege, die in die Zukunft führen,  
liegen nie als Wege vor uns.  
Sie werden zu Wegen erst dadurch,  
dass man sie geht“**

*(Franz Kafka)*

Lassen Sie uns gemeinsam Wege gehen, die die Inklusion auch in Brandenburg in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderungen möglich machen.

Das Team des Landesbehindertenbeirates, das die Veranstaltung vorbereitet hat, wünscht sich, dass Sie viele Anregungen für Ihre zukünftige Arbeit mit nach Hause nehmen können. Wir, der LBB, werden die Ergebnisse aus der Konferenz als dringliche Empfehlungen an die Landesregierung geben, damit echte Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg Schritt für Schritt Realität werden.

*Marianne Seibert*

 Landesbehindertenbeirat  
Brandenburg



Janny Armbruster  
Beauftragte der Landesregierung für die  
Belange der Menschen mit  
Behinderungen



### **Krise und Inklusion – Herausforderungen und Chancen für mehr Teilhabe**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im März 2020 änderte sich das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend. Seit dieser Zeit müssen wir mit den Auswirkungen von Covid-19 leben. Keiner ahnte, wie es unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben verändern würde. Menschen erkrankten und erkrankten noch immer an dem hoch ansteckenden Virus. Doch überraschend schnell standen wirksame Impfstoffe zur Verfügung. Nach einem stolpernden Impfstart sind heute mehr als 60 Prozent der deutschen Bevölkerung vollständig geimpft, in Brandenburg sind es Stand heute rund 55 Prozent.

Dennoch gibt es große Teile der Bevölkerung, die sich nicht impfen lassen wollen. Das unterstützt die Sorge vor dem vor uns liegenden Herbst und Winter und der 4. Welle, die gerade die treffen wird, die sich möglicherweise aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können.

Für Menschen mit Behinderungen war und ist die Zeit unter Corona an vielen Stellen schwieriger zu bewältigen als für viele andere. Sie wurden gerade am Anfang in ihren spezifischen Bedürfnissen

„übersehen“. Um die Menschen mit Behinderungen vor Covid zu schützen, wurden sie zu Beginn der Pandemie über Wochen und Monate in den Einrichtungen isoliert. Eltern und Angehörige konnten oft über Wochen und Monate ihre Kinder, Freunde oder Angehörige nicht besuchen. Für die Menschen – ob in den Einrichtungen der Behindertenhilfe oder andernorts – wurde das Leben zu einem in Isolation, sodass an Teilhabe nicht zu denken war.

Es fehlte an sozialen Kontakten, an therapeutischen Maßnahmen und auch die Arbeit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen waren geschlossen. Alles Lebensaspekte, die Menschen mit Behinderungen so sehr benötigen. Das darf so nicht noch einmal passieren! Dafür müssen wir uns stark machen.

Mit Einsetzen der Corona-Impfungen wurden zunächst die Menschen mit Behinderungen nicht adäquat berücksichtigt. Es bedurfte vieler öffentlicher Hinweise. Auch die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern mahnten das Bundesgesundheitsministerium, die vulnerablen Personengruppen, zu denen viele Menschen mit Behinderungen zählen, in die zweite Impfgruppe einzuteilen.

Aktuell stellen sich Bund und Land auf die sogenannte Auffrischungsimpfung ein. Auch hier halte ich es für unabdingbar, dass Menschen mit Behinderungen – unabhängig von Vorerkrankungen und unabhängig von der individuellen Lebenssituation – ein Impfangebot erhalten.

Corona hat Spuren hinterlassen und Konsequenzen für das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen mit Behinderungen zur Folge. Diese Folgen sollten wir ernst nehmen und daraus für die kommende Zeit unsere Rückschlüsse

ziehen. Nicht zuletzt dient die heutige 9. Behindertenpolitische Konferenz des brandenburgischen Landesbehindertenbeirates dazu, uns gemeinsam darüber zu verständigen, wie wir trotz der pandemischen Krise dafür sorgen, dass Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Engagement für Menschen mit Behinderungen ist ein Querschnittsthema - greift ein in alle Themenfelder.

Heute stehen neben der Frage, wie soziale Teilhabe unter Corona-Bedingungen möglich ist, zwei weitere Themen auf der Agenda: Teilhabe in Arbeit und mehr Teilhabe im digitalen Wandel. Zu den beiden weiteren Punkten erlaube ich mir jeweils einige Anmerkungen:

### **Arbeit und Beschäftigung**

Corona und die Lockdowns der letzten Monate haben die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt. Viele Gastronomen, Einzelhändler und Kulturschaffende sind existenziell bedroht. Die Coronakrise trifft aber auch den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen hart. Menschen mit Behinderungen hatten es schon vor der Krise schwerer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und den Weg in eine berufliche Ausbildung zu finden. Das Inklusionsbarometer Arbeit der Aktion Mensch vermeldet etwa 13 Prozent mehr Arbeitslose in der Gruppe der Menschen mit Behinderungen. Für Brandenburg liegt er bei 7,6 Prozent.

Das sind auch hier etwa zwei Prozentpunkt mehr als vor Corona. Das ist ein riesen Problem, meine Damen und Herren, dem wir uns zuwenden müssen.

Wichtiges Thema ist auch das Thema Ausbildung von jungen Menschen. Hier müssen wir gemeinsam noch stärker auf inklusive Modelle setzen. Ich bin hierzu unter anderem in Gesprächen mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern

und der Handwerkskammern mit dem Ziel, die verzahnte Ausbildung weiter auszubauen. Werkstätten sind nicht der einzige Ort an dem Menschen mit Behinderungen arbeiten sollten. Unternehmen sollen sich stärker darauf einlassen, Menschen mit Behinderungen auszubilden und zu beschäftigen. Sie sind motivierte Arbeitskräfte, die selten den Arbeitsplatz wechseln.

### **Digitale Barrierefreiheit**

Wenn wir Corona auch was Gutes abgewinnen wollen, dann, dass das Virus einen wahnsinnigen Push in der Entwicklung der Digitalisierung mit sich gebracht hat. Videokonferenzen, Telefonkonferenzen, Homeoffice-Regelungen gehören nach den 1,5 Jahren zu unserem Selbstverständnis. Unser Leben ist digitaler und damit auch zeitlich und arbeitstechnisch flexibler geworden. Das ist auch eine Chance für mehr Teilhabe für Menschen am Leben in der Gesellschaft, denen eine spontane Reise oder Fahrt sonst schwerfällt.

Doch dieser rasante und zugleich erzwungene Digitalisierungsschub ist durchaus holprig und mit diversen Problemen verbunden – insbesondere mit digitalen Barrieren: Beispiel: Homeschooling mit neuen Medien. Die im Land Brandenburg bereitgestellte, von vielen Brandenburger Schulen genutzte Schulcloud ist nicht barrierefrei entwickelt worden. Darauf haben uns Eltern aufmerksam gemacht, ebenso Herr Lars Hemme vom VdK, der heute auch einen Workshop zum Thema „digitale Barrierefreiheit“ leitet.

Gerade bei unseren Jüngsten müssen wir alles tun, dass niemand durch Barrieren abgehängt wird. Unsere Interventionen beim brandenburgischen Bildungsministerium und bei den Entwicklern der

Schul-Cloud haben dazu geführt, dass die Landesbehindertenbeauftragte nunmehr in einer Arbeitsgruppe des neu gebildeten Konsortiums der Bundesländer Niedersachsen, Thüringen und Brandenburg mitwirkt, so dass korrigiert und nachgebessert wird.

Derzeit erarbeitet das Land Brandenburg in Fortschreibung des Zukunftsprogramms Digitalisierung das „Digitalprogramm 2025“. In Vorbereitung dieses Programms der Landesregierung haben der Landesseniorenbeauftragte und ich als Landebehindertenbeauftragte die Ministerien ermutigt, die Belange der Seniorinnen und Senioren und der Menschen mit Behinderungen in den Blick zu nehmen.

Unsere Forderung: Digitale Barrierefreiheit ist ein Querschnittsziel, das bei allen Digitalisierungsvorhaben vor die Klammer gezogen werden sollte. Grundlage ist die UN-Behindertenrechtskonvention, wonach allen Menschen mit Behinderungen der gleichberechtigte Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen zu gewährleisten ist. Für öffentliche Stellen ist dieser Grundsatz bereits verbindlich geregelt in EU, Bundes- und Landesgesetzen. Diese gesetzlichen Regelungen gelten ausnahmslos für alle IT-Verwaltungsangebote und die Bürgerinnen und Bürger können sogar einen Rechtsanspruch auf barrierefreie digitale Verwaltungsangebote geltend machen.

Unterstützung erhalten sie dabei von der Durchsetzungsstelle für digitale Barrierefreiheit, die bei der Landesbehindertenbeauftragten eingerichtet wurde. An die Durchsetzungsstelle können sich alle Bürgerinnen und Bürger wenden, wenn sie der Meinung sind, dass beispiels-

weise eine Website oder App einer öffentlichen Stelle nicht barrierefrei gestaltet wurde.

Trotz Rechtsanspruch auf barrierefreie IT sehe ich, dass mehr Maßnahmen geplant werden müssten, um Menschen mit „digitalem Unterstützungsbedarf“ zur Teilhabe in der digitalen Welt einzuladen und sie dafür zu schulen.

Sonst können wir den Prozess einer Spaltung in eine digitale Zwei-Klassen-Gesellschaft nicht aufhalten. Hier fehlt es noch an konkreten Projekten, Maßnahmen und finanziellen Hilfen zum Aufbau digitaler Kompetenzen der Menschen in unserer Gesellschaft.

UND nicht zuletzt:

Der Schlüssel für den Erfolg des Digitalprogramms 2025 sowie die Grundlage für gesellschaftliche (digitale) Teilhabe ist ein flächendeckendes, leistungsfähiges Internet im Land Brandenburg - und zwar sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum. Ich halte es für notwendig, den geplanten Breitbandausbau zu beschleunigen, damit ein flächendeckender Anschluss aller Brandenburgerinnen und Brandenburger an das Breitbandnetz früher als wie derzeit geplant bis 2025 realisiert wird. Das schließt selbstverständlich Altenpflegeheime oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe ein.

Ich möchte Danke sagen:

Danke an jene, die sich eingesetzt haben und Teilhabe ermöglicht haben - sich in der Corona-Pandemie speziell um Menschen mit Behinderungen gekümmert und etwas auf die Beine gestellt haben.

Einige dieser Heldinnen und Helden wollen wir beim diesjährigen Inklusionspreis ehren. Vielleicht möchten auch Sie sich bewerben oder kennen jemanden, den

Sie nominieren möchten? Die Bewerbungsfrist haben wir extra nochmal verlängert bis 15.9. Das Bewerbungsformular finden Sie auf der Internetseite der Landesbehindertenbeauftragten.

Ich wünsche Ihnen allen einen erfolgreichen und erkenntnisreichen Tag und hoffe, dass Sie mit vielen Eindrücken und Gedanken nach Hause gehen.



Timur Ohloff,  
Staatskanzlei Referat „Digitale Gesellschaft“



### **Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg – wie wird die Inklusion von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt?**

Digitalisierung ist nicht erst seit der Pandemie in allen Lebensbereichen angekommen. Die Pandemie hat einen zusätzlichen Digitalisierungsschub auf allen Ebenen ausgelöst und eindrücklich gezeigt, wie wichtig der Zugang aller Menschen zur digitalen Welt ist.

Im Zentrum unserer Digitalpolitik in Brandenburg steht unser Leitbild, das bei der Planung und Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben im Land immer mitgedacht wird. Es ist als strategische Ausrichtung zu verstehen und bewusst auf einen langen Zeitraum ausgelegt.

Die Menschen stehen im Mittelpunkt aller Digitalisierungsansätze. Wir wollen, dass der Einsatz von digitaler Technologie zu einer Steigerung der Lebensqualität führt. Außerdem wollen wir digitale Angebote sinnvoll nutzen, um räumliche Distanzen zu überwinden und die Lebensrealität zu erleichtern.

Digitalisierung kann dabei helfen, Barrieren und Hindernisse bei der Wahrnehmung alltäglicher Aktivitäten abzubauen

– vorausgesetzt, sie wird dementsprechend gestaltet. Unzureichende oder nur teilweise umgesetzte Digitalisierung kann im Zweifel kontraproduktiv sein und im schlechtesten Fall Barrieren sogar verstärken.

Die Landesregierung arbeitet daran, eine selbstbestimmte digitale Gesellschaft zu ermöglichen. Die Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2018 des Landes ist hierfür noch immer ein hervorragender Kompass.

Bereits in der Zukunftsstrategie haben wir im Handlungsfeld „Lernen und Digitalkompetenz für Brandenburgs Zukunft“ dem barrierefreien Zugang zu digitalen Angeboten eine zentrale Rolle in den Digitalisierungsvorhaben des Landes zugewiesen.

Digitalisierung ist durch ihre Dynamik ein fortlaufender Prozess. Deshalb treiben wir Digitalisierungsvorhaben ressortübergreifend aus der Perspektive der Nutzer\*innen und unter Berücksichtigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen voran. Wir wollen noch in diesem Jahr den Entwurf eines „Digitalprogramms 2025“ vorlegen, um die Digitalisierungsstrategie mit neuen Themen und Maßnahmen zu untersetzen.

Mit dem Digitalprogramm 2025 des Landes Brandenburg legen wir als Landesregierung ein praxisorientiertes Programm für die Gestaltung der digitalen Transformation bis zum Jahr 2025 vor. Die bisherige Landesdigitalisierungsstrategie von 2018 wird mit dem Digitalprogramm konzeptionell weiterentwickelt und mit Blick auf die Vorhaben aktualisiert. Wir wollen die Wirkung der Digitalisierung auf das Individuum in den Vordergrund stellen und allen Menschen in Brandenburg die Partizipation an der Digitalisierung ermöglichen.

Grundlegend dafür sind drei Voraussetzungen: Eine leistungsfähige, flächendeckende digitale Infrastruktur, ein barrierefreier Zugang zu digitalen Diensten und Angeboten sowie die Vermittlung und Schulung von digitalen Kompetenzen. Die digitale Barrierefreiheit verstehen wir dabei als übergreifendes Querschnittsziel bei allen Digitalisierungsansätzen.

Mit dem Digitalprogramm 2025 wollen wir einerseits den Folgen und Lehren der Corona-Pandemie auf die digitalpolitischen Entwicklungen im Land Rechnung tragen. Andererseits verfolgen wir das Ziel, die Digitalisierungsvorhaben in Brandenburg ressortübergreifend zu denken, um Synergieeffekte zwischen den einzelnen Fachbereichen optimal nutzen zu können. Dafür benötigen wir zum einen die Ressorts, aber ebenso breite Partizipation aus der Zivilgesellschaft.

Wir möchten Sie einladen, sich aktiv in den Beteiligungsprozess zum Digitalprogramm 2025 einzubringen. Der Konsultationsprozess zur Entwurfsfassung des Digitalprogramms startet voraussichtlich im Herbst dieses Jahres.



## Diskussion – Aussprachen zum Teil I



|Ursula Nonnemacher, Sozialministerin|  
|Janny Armbruster Landesbehindertenbeauftragte| |Timur Ohloff, Staatskanzlei|

### Auszug einiger Kommentare und Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Podiumsdiskussion

In der Podiumsdiskussion hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich mit ihren Nachfragen und Hinweisen an die Referierenden zu richten.

In Bezug auf die Corona-Pandemie, wurde eine zu geringe Einbindung der Menschen mit Behinderungen in den Umgang mit der Pandemie vorgenommen.

*„Menschen mit Behinderungen müssen mit einbezogen werden. Bedingungen für Teilhabe müssen von Anfang geschaffen werden“*

Dies bedeutet auch die Unterstützung auf der kommunalen Ebene, sodass Teilhabe flächendeckend in Brandenburg,

zusammen mit den Bürger\*innen umgesetzt werden kann.

*„Die Position der Kommunalen Behindertenbeauftragten muss gestärkt werden“*

Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind gesamtpolitisch einzubeziehen, um struktureller Benachteiligung entgegenzuwirken. Im Rahmen der Strategie „Digitales Brandenburg“ wird ebenfalls kritisiert, dass Menschen mit Behinderungen nicht proaktiv eingebunden werden.

*„Der Landesbehindertenbeirat berät gemäß § 15 BbgBGG die Landesregierung sowie die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen und muss daher bei der Strategie „Digitales Brandenburg“ nicht nur angehört werden, sondern partizipativ mit einbezogen werden“*

Digitalisierung bedeute mehr als der Ausbau digitaler Infrastruktur – auch Endkonsument\*innen müssen beachtet werden und Flexibilität in der Anwendung gewährleistet werden.

*„Beim Digitalpakt wird die Technik zu sehr in den Vordergrund gestellt. Es ist aber auch eine Umsetzungsfrage!“*

Gesellschaftliche Krisenzeiten wie die Corona-Pandemie verdeutlichen die Fragilität vorhandener Strukturen, eröffnen allerdings auch die Möglichkeit, diese gezielt ausfindig zu machen und zu beheben.

## Teil II Workshops

### Filmeinspieler

Attila Weidemann, freier Journalist



Erstmals hat der Landesbehindertenbeirat auf seiner 9. Behindertenpolitischen Konferenz zu den drei Themenkomplexen der Workshops kurze Filmbeiträge als Einspieler mit Gebärdensprache gezeigt.

Der pandemiebedingte Ausfall der Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe hatte für viele Menschen mit Behinderungen besonders weitreichende Auswirkungen. Diese betrafen viele Angebote in der Selbsthilfe aber auch die Einführung und den Aufbau digitaler Angebotsstrukturen.

Vor allem die digitalen Angebote bargen viele Barrieren und haben viele Menschen mit Behinderungen ausgeschlossen.

Diese Aspekte wurden in den Filmbeiträgen dargestellt, gaben Denkanstöße und sollten- eventuell bisher nicht mitgedachte - Herausforderungen und/oder Barrieren aufzeigen.

## Workshop I

Arbeit und Beschäftigung – wie wirken sich pandemiebedingte Umstellungen auf die Situation von Menschen mit Behinderungen aus?

Natalia Moussavi, LBB

Roland Seeger, LAG Werkstattträte

Filmeinspieler:

<https://vimeo.com/588835558/2757f0672a>

Dieser Workshop widmet sich der Frage, wie sich die Corona-Pandemie auf Arbeitnehmer\*innen mit Behinderungen ausgewirkt hat. Welche Unterschiede gab es zwischen dem allgemeinen Arbeitsmarkt und den Werkstätten, zwischen Beschäftigten und Selbstständigen und wie wirkten sich diese auf den Alltag der Menschen aus?

- Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Arbeitnehmer\*innen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgewirkt?
- Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer\*innen?



## Workshop II

Soziale Teilhabe vs. Medizinische Sicherheit? – Auswirkungen und Herausforderungen

*Elke Moderzinski, Deutsche Rheumaliga Landesverband Brandenburg e.V.*

*Bettina Delfanti, DMSG Landesverband Brandenburg e.V.*

Filmeinspieler

<https://vimeo.com/588836156/7e53e5105f>

Durch Eindämmungsverordnungen wurde das soziale Leben deutlich eingeschränkt. Es haben sich jedoch alternative Wege entwickelt und gefunden, wie sich Menschen mit Abstand und ohne Risiko im Internet treffen können. Es gibt Angebote zur Informations- und Wissensvermittlung, interaktive Austauschmöglichkeiten, Sport- und Kulturangebote.

- Sind Begegnungen im Internet ein Weg aus der Isolation?
- Was ist mit den Menschen, die keinen Zugang (persönlich, technisch) zu den neuen Medien haben?
- Ist die Möglichkeit zur digitalen Teilhabe ausreichend für die soziale Teilhabe und unterscheiden sich die persönlichen Begegnungen im Vergleich zu den digitalen?



## Workshop III

Digitale Barrierefreiheit in Brandenburg

*Henrike Weber VdK Berlin-Brandenburg e.V.*  
*Mathias Schäfer, Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V.*

Filmeinspieler

<https://vimeo.com/589786621/4c0dd253e9>

Mit den Kontaktbeschränkungen wurden Treffen in Präsenz vermieden und das Arbeitsleben, die Bildung sowie viele Freizeitangebote verlagerten sich in den digitalen Raum. In diesem Workshop wurden Problemfelder in der digitalen Zugänglichkeit diskutiert und Hinweise zusammengetragen, worauf in Zukunft bei einer barrierefreien Digitalisierung zu achten ist.

- Wie wurde die digitale Barrierefreiheit im Land Brandenburg umgesetzt?
- In welchen Bereichen eröffnete sie neue Möglichkeiten und an welchen Stellen muss hinsichtlich des barrierefreien Zugangs nachgebessert werden?
- Wie kommt sie in den Schulen bei den Schüler\*innen und Lehrer\*innen an?
- Wie verhält es sich mit digitaler Barrierefreiheit in öffentlichen Institutionen?



## Teil III Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops

### Workshop I

*Arbeit und Beschäftigung –  
Wie wirken sich pandemiebedingte Umstellungen auf die Situation von Menschen mit Behinderungen aus?*

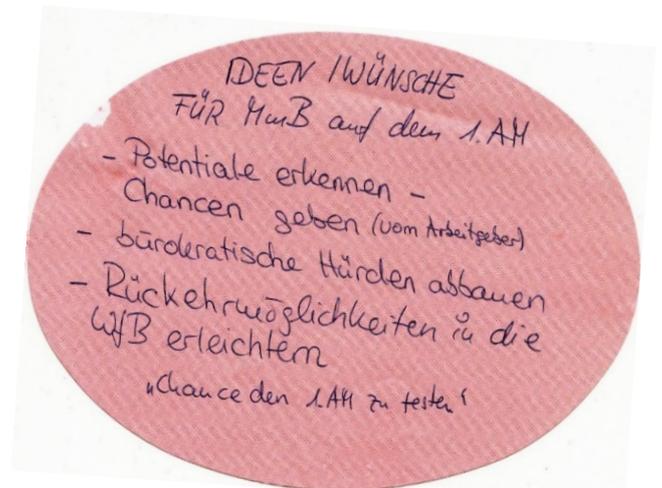
Um einen Arbeitsplatz inklusiv umzubauen, muss sich erst ein Mensch mit Behinderung bewerben und dann eine Zusage bekommen. Im Anschluss muss ein Antrag auf Arbeitsplatzumbau gestellt werden und nach der Antragsprüfung kann im Fall einer Bewilligung der Arbeitsplatz umgebaut werden.

**Welche Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen können so lange auf die Besetzung der Stelle warten?**



## Was muss sich ändern?

- Erfahrungen inklusiver Arbeitgeber teilen
- Gezielte Akquise von Arbeitsplätzen
- Diskriminierung ist nicht gut und es ist immer noch eine Hürde
- Peer Counseling
- Budget für Arbeit/Ausbildung ausbauen
- Abbau von Ängsten



## Workshop II

### *Soziale Teilhabe vs. Medizinische Sicherheit? – Auswirkungen und Herausforderungen*

Die Corona-Pandemie hat gesamtgesellschaftlich jede\*n dazu veranlasst, abzuwägen, welchen Tätigkeiten noch nachgegangen werden kann. Für viele Menschen mit Behinderungen war die soziale Teilhabe schon vor der Pandemie kein einfaches Unterfangen. Mit der Pandemie mussten gut funktionierende Netzwerke und Selbsthilfegruppen neue Wege des Austausches finden, ohne, dass sie durch (digitale) Barrieren daran gehindert wurden.

1. Ist soziale Teilhabe digital möglich?

- War in der Corona-Pandemie die einzige Möglichkeit in Kontakt zu bleiben
- Digitalisierung erleichtert den Zugang zur sozialen Teilhabe
- Digitalisierung ist nicht die einzige Lösung für die Zukunft, persönliche Kontakte bleiben in einigen sozialen Bereichen unerlässlich
- Voraussetzungen: Finanzierung niederschwelliger Angebote sichern, ausgebauten und stabiles Internet in allen Regionen, vor allem im ländlichen Raum

2. Welche seelischen und psychischen Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie?

- Verunsicherung, Angst vor Vereinsamung
- Bisherige soziale Strukturen wurden zerstört – neue Wege mussten gefunden und gelernt werden

3. Politischer Appel: Forderungen, Wünsche und Erwartungen

- Ausbau der digitalen Strukturen – insbesondere im ländlichen Bereich
- Ansprechpartner\*innen fehlen
- Unterstützung für digitale Angebote (Assistenz und Anleitung)
- Betroffene und Institutionen mit einbeziehen
- Unabdingbar: Beteiligung



## Workshop III

### *Digitale Barrierefreiheit in Brandenburg*

Mit der pandemiebedingten beschleunigten Digitalisierung etablierten sich in kürzester Zeit neue Medien – auch aus der Not heraus, da der Informationsfluss insbesondere im Bereich der Arbeit oder der Bildung aufrechterhalten werden musste. Daher ist der **barrierefreie Informationszugang** eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

In der UN-BRK ist die digitale Barrierefreiheit klar definiert

Die Umsetzung in rechtliche Grundlagen hat begonnen, ist aber noch längst nicht abgeschlossen

### **Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?**

Von Behinderten Kolleg\*innen lernen, wie man digitale Medien nutzt

Inklusive Lösungen finden, Betroffene mit einbeziehen

Einheitliche Standards

Ausbildung der IT-Entwickler

Angebote zur Einführung in die digitale Welt

Menschen mit Behinderungen müssen mit einbezogen werden, insbesondere, wenn es um neue Systeme geht, die im Arbeitskontext oder in der Bildung eingesetzt werden. Die hohe Zugänglichkeit eines Mediums macht es nicht nur inklusiv, sondern zeugt auch von einem Qualitätsstandard. Insbesondere ist sie ein Indikator für die digitale Inklusion aller Menschen in unsere Gesellschaft.



## Ausblick

Die 9. Behindertenpolitische Konferenz widmete sich 2021 einem aktuellen Geschehen, das uns weiterhin begleitet. Der Landesbehindertenbeirat wählte die Corona-Pandemie als Themenschwerpunkt aus, da sie den gesellschaftlichen Status vieler Menschen mit Behinderungen nur umso stärker verdeutlichte.

Themen wie der Zugang zum Arbeitsmarkt, die soziale Teilhabe oder die Digitalisierung stellten auch in vorpandemischen Zeiten große Hürden für Menschen mit Behinderungen dar.

Während der Corona-Pandemie wurde die Anzahl an Wahlmöglichkeiten jedoch für alle um einiges kleiner – mit dem Unterschied, dass viele Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sich sogar isolieren mussten und nicht denselben Zugang zur Arbeit, zur Bildung oder zu Angeboten der Selbsthilfe hatten.

Zukünftig müssen Menschen mit Behinderungen in die Erarbeitung politischer Krisenkonzepte, Entwicklung neuer Bildungsplattformen oder neuer Apps zur Kontaktnachverfolgung mit einbezogen werden, sodass Barrieren präventiv entgegengewirkt werden kann.

Im Bereich Arbeit und Beschäftigung müssen zusammen mit Beschäftigten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie Werkstattbeschäftigten Möglichkeiten gesucht werden, um Arbeitsausfälle zu verhindern und Betreuung zu gewährleisten.

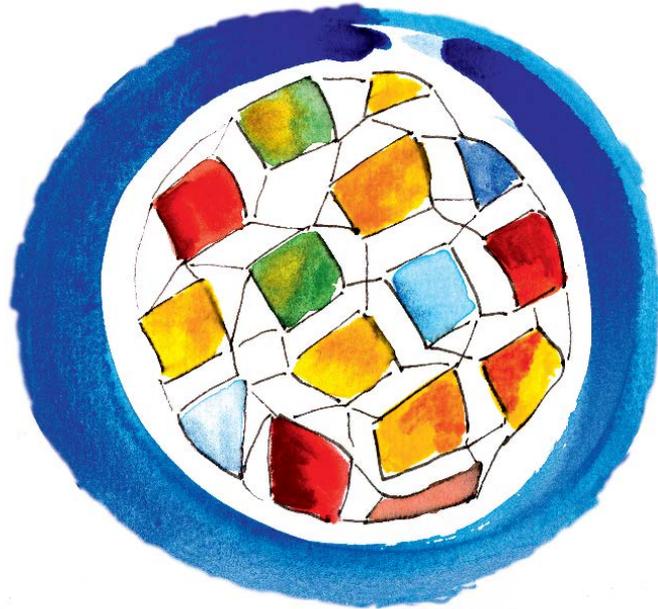
Im Bereich der sozialen Teilhabe gab es besondere Schwierigkeiten, da ganze soziale Strukturen wegbrachen und viele gesundheitliche Nachteile entstanden.

Ein Schlüsselement stellte letztendlich der digitale Raum dar. Wird dieser digital barrierefrei gestaltet und die nötige infrastrukturelle sowie sachliche Ausstattung bereitgestellt, können auch der Arbeitsmarkt sowie die soziale Teilhabe davon in hohem Maße profitieren.

Der Landesbehindertenbeirat Brandenburg wird auch künftig die Belange von Menschen mit Behinderungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen verfolgen und auf Problemlagen hinweisen. Insbesondere Krisensituationen gilt es, in Zukunft präventiv entgegenzusteuern, um Situationen, wie es sie in der Corona-Pandemie gab zu vermeiden.

Wir möchten uns bei allen Referierenden und Teilnehmenden für ihre wertvollen Beiträge und Diskussionen bedanken und nehmen diese wegweisend in unsere bevorstehenden Aufgaben mit auf.

**IHRE STARKE STIMME FÜR TEILHABE!**



**Landesbehindertenbeirat  
Brandenburg**

[www.lbb.brandenburg.de](http://www.lbb.brandenburg.de)